

LEITARTIKEL

Neustart oder Neuwahl

Die SPD und ihr Kanzler brauchen nach der Europawahl dringend einen Befreiungsschlag

Die Sommerpause soll den Koalitionären Erholung bringen, nach der Rückkehr Ruhe in der Ampel einkehren und der Streit endlich ein Ende haben. Das war die Losung des Bundeskanzlers bereits vor einem Jahr. Passiert ist das Gegenteil, weswegen inzwischen ein vorzeitiges Ende der Regierung wahrscheinlicher erscheint, als dass ihr Streit aufhört.

Die Ampel hat genau noch eine Chance, um sich zu berappeln und der Bevölkerung einen letzten Rest von Vertrauen zu vermitteln: mit einer klugen Einigung auf den Haushalt 2025 – an die sich dann ausnahmsweise auch alle Beteiligten halten und sich niemand über den Sommer neue Querschüsse ausdenkt. Die Erfahrung mit dieser Koalition ist in dieser Hinsicht aber derart schlecht, dass der Glaube an ihre Verantwortung und auch an ihre Vernunft erschüttert ist.

Olaf Scholz hat die Missklänge in seiner Regierung so oft beklagt, dass man sich fragt, wer sie eigentlich führt. Seine Bereitschaft, Auseinandersetzungen vor allem zwischen FDP und Grünen in der Erwartung laufen zu lassen, dass die Kontrahenten schon selbst auf die

ist in drei ostdeutschen Ländern Landtagswahl. In Brandenburg liegt die SPD laut Umfragen auf Platz drei, in Thüringen und Sachsen ist sie einstellig – und überall ist die AfD vorn. Scheitert die SPD an der Fünf-Prozent-

Hürde, obwohl sie seit drei Jahren den Bundeskanzler stellt, werden Zweifel an einer zweiten Kanzlerkandidatur von Scholz laut werden.

Er hatte einen hoffnungsvollen Start in seine Amtszeit. Mit der Zeitenwende-Rede nach Russlands Überfall auf die Ukraine hatte Scholz vielen Menschen Sicherheit und Stärke vermittelt. Aber abgesehen von seinem anschließenden oft unentschlossenen Kurs gegenüber Moskau ist ihm und seiner SPD etwas anderes gründlich missglückt: der eigenen Bevölkerung Gerechtigkeit zu vermitteln.

Die einst tiefen Einschnitte mit den Hartz-IV-Reformen ins Sozialsystem haben die SPD gespalten und Platz links von ihr frei gemacht. Gepupft wollten die Sozialdemokratinen und Sozialdemokraten diese Schmach wieder wettmachen und überzogen in die andere Richtung. Aus Hartz IV wurde das Bürgergeld und die – gut gemeinte – Botschaft, dass jeder und jede in diesem Land vom Staat aufgefangen wird. Dem Fördern fehlte jedoch das Fordern. Wer nicht arbeiten will, kommt auch so gut durch.

Der Dreh- und Angelpunkt ist gar nicht das Geld, das Deutschland einsparen würde, wenn gänzlich tatenlose Männer und Frauen arbeiten gingen. Ein schärferer Kampf gegen Steuerhinterziehung von Wohlhabenden könnte ebenfalls Erträge einbringen. Es ist das Gefühl, dass die altehrwürdige Arbeiterpartei beim Kümmern um Bürgergeldempfänger die hart arbeitende Bevölkerung vernachlässigt hat.

Scholz hat in seiner ersten Regierungserklärung gesagt, viele Menschen fragten sich, ob die globalen Veränderungen gut für sie persönlich ausgingen. Seine Antwort war: Es werde gut ausgehen. Wirklich? Ohne einen tragfähigen Neustart jetzt werden sich viele Menschen vielmehr fragen, ob eine Neuwahl für sie persönlich nicht viel besser wäre.

Der SPD ist es missglückt, der Bevölkerung Gerechtigkeit zu vermitteln

beste Lösung kommen werden, ist ein netter Zug. Nur zeugt das nicht von Weitsicht. Der Regierungschef hat es bei Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nicht mit aufmüpfigen Jungs auf dem Spielplatz zu tun, sondern mit knallharten Politspitzen, die ihre Parteiklientel bedienen.

Die weiße Salbe, die Scholz und seine SPD auch noch auf ihre Wunde des desaströsen Europawahlergebnisses von 13,9 Prozent auftragen, kann nicht wirken. Das Eingeständnis, dass sich „etwas ändern muss“, kommt viel zu spät. Im September

KOMMENTAR

Nicht mehr als eine Hoffnung

Zahl der Nuklearwaffen steigt kontinuierlich

Eslagjanahae, aber dieser Bericht liefert es Schwarz auf Weiß: Der Traum vom Ende der nuklearen Konfrontation ist ausgeträumt. Laut dem Friedensforschungsinstitut Sipri steigt die Zahl einsatzbereiter Sprengköpfe und die neuer Modelle kontinuierlich. Es ist bitter, aber unbestreitbar: Wir steuern auf ein neues Gleichgewicht des Schreckens zu, dieses Mal mit einer Vielzahl an Playern mit verschiedensten Interessen.

STEVEN GEYER
ksta-politik@kstamedien.de

Welchem Autokraten kann man glauben, wenn er seine Entwaffnung verspricht?

Ein Fall von Zeitenwende? Eher von unrealistischen Hoffnungen. Denn in eine atomwaffenfreie Welt war die Menschheit nie unterwegs. Zwar sollte der Atomwaffensperrvertrag schon mitten im Kalten Krieg eine Ausbreitung verhindern. Doch er sicherte der Welt zugleich das Recht auf „friedliche“ Nutzung der Atomkraft – und machte so eine Ein-

dämmung unmöglich. Auch dass die Atomsupermächte USA und Russland später die Verkleinerung ihres Atomarsenals vereinbarten, war trügerisch: Beide gaben nie die Macht auf, weite Teile der Welt zu zerstören. Und realistisch

gefragt: Welchem Autokraten kann man glauben, wenn er seine Entwaffnung verspricht? Das zeigte die verfrühte Freude über den Atomdeal mit dem Iran von 2015 und neuerneut die Drohung Russlands mit der Bombe. Schon deshalb könnte sich keine demokratische Regierung erlauben, einseitig atomar abzurüsten. Die Ukraine – seinerzeit drittgrößte Atommacht der Welt – tat es 1994, es bekam ihr schlecht.

So bleibt „die Bombe“ aus genau dem Grund in der Welt, aus dem sie einst in sie kam: Damals fürchteten die USA eine Nazi-Atombombe. Heute weiß man, dass der Wahn von Welt Herrschaft und Völkermord vielleicht nie auszumerzen ist – und die atomwaffenfreie Welt darum unrealistisch. Was es deshalb geben muss, sind Gesprächskanäle, um Eskalationen abzuwenden, und genug Respekt vor dem Leben, um diese Waffe zumindest nicht zuerst einzusetzen.

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Vertrieben aus dem Paradies

Eine wachsende Anzahl von Ansprüchen an die Ernährung wirken sich auf persönliche Einstellung und das Essverhalten aus



STEPHAN GRÜNEWALD ist Geschäftsführer des „rheingold“-Instituts in Köln. In seiner Kolumne spricht er aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

rungen, früher Tod, Akne, Schuld am Leid der Tiere oder am Klimawandel – das sind die sieben häufigsten Plagen als Folge von Ernährungssünden.

Vorbei sind die Zeiten bedenkenloser oraler Lust und der kollektiven Übereinkunft, was zu festgesetzten Mahlzeiten morgens, mittags und abends gegessen wird. Jeder isst, prasst oder mäßigt sich auf seine Weise, und die Vielzahl der unterschiedlichen privaten Ess-Stile führt zu einer babylonisch anmutenden Ernährungsverwirrung. Groß ist daher die Sehnsucht der Menschen, die verlorene Unbeschwertheit in Sachen Ernährung wiederzuerlangen.

Dafür zeichnen sich derzeit vier große Trends beziehungsweise Strategien ab.

1. Verinnerlichung der Ideale

Man passt sich in seinem Verhalten an die Erfordernisse der Zeit an und versucht, bei der Ernährung konsequent auf dem Pfad der Tugend zu wandeln. Vor allem der Fleischverzicht soll von einer dreifachen Schuld entlasten: gegenüber den Tieren, der eigenen Gesundheit und dem Klima. Die gewissenhafte Einkaufsplanung und die Vermeidung von Essens- oder Verpackungsmüll werden zum Maßstab der eigenen Ernsthaftigkeit.

28 Prozent der Menschen beharren darauf, auch in Zukunft keinesfalls weniger Fleisch und Wurst essen zu wollen

2. Retro-Trend

Der Gegentrend ist die Rolle rückwärts in die vermeintlich gute alte Zeit, in der die Ernährungswelt noch in Ordnung erschien. Die Rückgewinnung des verlorenen Paradieses manifestiert sich vor allem in demonstrativem, unbremstem Fleischkonsum. 28 Prozent der Menschen beharren darauf, auch in Zukunft keinesfalls weniger Wurst und Fleisch essen zu wollen.

3. Verdeckter Genuss nebenbei

Mit einem beiläufigen Dauersnacking während der Arbeit, zum Medienkonsum oder unterwegs wird der Radar der bewussten Ernährung unterlaufen. Nach dem Motto „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“ werden Probleme von Schuld und Scham verdrängt. Das ständige Snacken im Alltag erfüllt dabei – angesichts individueller Belastungen – auch die Funktion eines Puffers, eines Stoßdämpfers für die Seele. Vor allem in der „Gen Z“, der Alterskohorte der 15- bis 30-Jährigen, ist neben überkultivierten Kauf- und Ernährungsentscheidungen eine Sehnsucht erkennbar, regressiv im Bett zu essen und sich nebenbei auch noch mit Medienkonsum zu befüllen.

4. Neuer Pragmatismus

Sparzwänge und ein immer stärker belasteter, stressigerer Alltag mit Unterrichtsausfällen in der Schule, unregelmäßigen Kita-Zeiten, Streiks bei der Bahn, im ÖPNV oder im Flugverkehr, Multitasking-Anforderungen im Homeoffice nötigen, berechtigten

Handel und Industrie sollen zeigen, dass sie die Verantwortung für globale Nachhaltigkeit übernehmen

aber zugleich auch dazu, das Thema Ernährung pragmatisch anzugehen und es von ideologischem Ballast zu befreien – vor allem in den Familien. Fast die Hälfte der Befragten bekennt sich dazu, lieber einfache Gerichte zu kochen. Insbesondere die Jüngeren nutzen verstärkt Lieferdienste, die eine aufwandslose Selbstversorgung bieten und gleichzeitig von der Verantwortung für die Zubereitung des Essens entlasten.

Zur Wiedererlangung von Unbeschwertheit und ungetrübter Sinnlichkeit in Sachen Ernährung hoffen die Menschen auf Unterstützung von außen: Die Politik soll klar festlegen, was beim Essen geht und was nicht. Handel und Industrie sollen den Menschen zeigen, dass sie die Verantwortung für globale Nachhaltigkeit übernehmen. Mit einem sorgfältig ausgewählten und geprüften Sortiment sollen sie den Konsumenten, ihren Kunden, auch eine Genuss-Absolution geben.

Die Studie „So is(s)t Deutschland 2024“ wurde für Nestlé Deutschland erstellt.

Weitere Informationen unter: www.rheingold-marktforschung.de/news

KOMMENTAR

Vorsicht vor Scheinlösungen

Pflichtversicherung gegen Elementarschäden wäre nicht gerecht

ANDREAS NIESMANN

Für Hochwasserkatastrophen gilt ein eiserner Grundsatz: Erst kommt das Wasser – dann die Forderung nach einer Pflichtversicherung gegen Elementarschäden. Nur etwas mehr als die Hälfte der Immobilienbesitzer in Deutschland hat derzeit eine solche Police, weshalb im Ernstfall häufig der Staat einspringen muss.

Der Gedanke, das Risiko nach französischem Vorbild per Versicherungspflicht auf die gesamte Gesellschaft zu verteilen, liegt nahe. Und doch ist die vermeintlich einfache Lösung bei näherem Hinsehen kompliziert.

Denn das Risiko, Opfer von Naturgewalten zu werden, unterscheidet sich mitunter erheblich. Wer etwa im vierten Stock eines großstädtischen Altbaus lebt, dürfte eher selten von Hochwasser heimgesucht werden, und das Lawinen-Risiko im norddeutschen Tiefland ist ebenfalls überschaubar. Ein einheitlicher Versicherungssatz wie in Frankreich ist angesichts all der Unterschiede wenig gerecht – vor allem wenn man bedenkt, dass dem französischen Katastrophenfonds schon jetzt das Geld zur Regulierung der immer häufiger auftretenden Schadensereignisse fehlt.

Politiker haben sich in der Vergangenheit nicht gerade als Vorkämpfer für Prävention gezeigt

Hinzu kommt, dass sich Politiker in der Vergangenheit nicht gerade als Vorkämpfer für Prävention gezeigt haben. Maßnahmen für baulichen Hochwasserschutz wurden auf Eis gelegt, die Renaturierung von Flüssen verschleppt, Warninfrastruktur weggespart. Und selbst nach bereits eingetretenen Katastrophen fehlt der Politik der Mut, weshalb trotz des immensen Hochwasserrisikos weite Teile des Ahrtals wieder aufgebaut werden, als hätte die Katastrophe von 2021 nie gegeben.

Die Versicherungswirtschaft hat recht mit ihrer Kritik, dass es an Prävention mangelt. Eine Pflichtversicherung wird daran nichts ändern.



KÖLNER STADT-ANZEIGER
HERAUSGEBER: Prof. Alfred Neven DuMont f.
Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
CHEFREDAKTEUR: Christian Hümmler (komm.).
STELLVERTRETER: Dr. Sarah Brasack, Martin Doweidit.
LEITENDER REDAKTEUR: Wolfgang Wagner (Politik).
CHEFREDAKTEUR: Joachim Frank.
REGION: Michael Greul, Veit Ellerbrock (Head of Digital).
LANDESKORRESPONDENT: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur).
KÖLN: Tim Attenberger; Newsteam: Kendra Stenzel; NRW/STORY: Hendrik Geisler, Maria Dohmen; WIRTSCHAFT: Thorsten Breitkopf; SPORT: Christian Lör; KULTUR: Anne Burgher; MAGAZIN: Eva Fiedler, Jenny Meysner; CHEFREPORTER: Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg; ART DIRECTOR: Nikolaus Janitzki; PRODUKTION: Florian Summerer.
Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
HAUPTSTADTBÜRO: Eva Quadbeck (Ltg.), RND Berlin GmbH. Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käfer.
NACHRICHTENAGENTUREN: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien. Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05. Geschäftsführung: Christian Hümmler. Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 26 vom 1. Januar 2024 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Köln

Köln